

## Tagebuch

**Liebe Leserinnen und Leser,**  
Berlin-Wedding gilt als rau, wild, schnörkellos. Wie ein ausgestreckter Mittelfinger in Richtung der adretten Charlottenburger und der hippen Neuköllner thront das „Alhambra“ mitten im Stadtteil. Es ist das Multiplex-Kino mit dem wahrscheinlich massenkompatibelsten Programm der Welt. Wenige Meter weiter hat auch die Hochkultur ihren Platz gefunden: Das unscheinbare „City Kino“ bietet ein erlesenes Programm mit Filmen von Luis Buñuel oder Lars von Trier.

Im bundesweiten Vergleich ist diese Vielfalt eine Ausnahme. In manchen Großstädten gibt es kein einziges Kino, das Oscar-Anwärter wie *The Favourite* oder *Capernaum* zeigt. Ist es da nicht an der Zeit, den Film von seiner sklavischen Verbindung zum Kino zu befreien? Wolfgang M. Schmitt plädiert in unserem Wochenthema dafür. Falls sein Text Ihre Lust auf Filme weckt, können Sie gleich unseren Empfehlungen folgen, die wir anhand von Kategorien wie „#unten“ oder „Für Feministinnen“ ausgewählt haben. Wen es nach ganz neuem Stoff dürstet, der wird bei der Berlinale fündig, deren Leiter Dieter Kosslick nach 17 Jahren sein Amt niederlegt. Eine kritische Würdigung seines Schaffens von Barbara Schweizerhof finden Sie auf Seite 18.  
*Ihr Christian Baron*

## Wochenthema

**Kino** S. 6/7, 18, 19, 22 und 24  
Aufmerksamkeit statt Binge Watching: Im Zeitalter der Serien sind Filme fast unzeitgemäß – aber wertvoller denn je

## Politik

**Grundrente** S. 5  
Endlich geht es bei der Altersvorsorge nicht mehr nur um Kürzungen. Über das Konzept von Hubertus Heil schreibt *Ulrike Baureithel*

**Ägypten** S. 9  
Stabilität über alles: Wirtschaftsminister Peter Altmaier besucht Abd al-Fattah as-Sisis Militärdiktatur  
*Pepe Egger*

**Zeitgeschichte** S. 12  
Daniil Granins „Blockadebuch“ lässt die Überlebenden der brutalen deutschen Belagerung Leningrads zu Wort kommen  
*Lutz Herden*

## Kultur

**Punk** S. 14  
Hörbuch der linken Großkonflikte: Die Goldenen Zitronen gehen immer noch keinem Widerspruch aus dem Weg  
*Arno Frank*

**Im Gespräch** S. 15  
Die französische Schriftstellerin Virginie Despentes über Macron, #MeToo und den Krieg gegen die Arbeiterklasse  
*Alexandra Kedves*

**Sachlich richtig** S. 16  
Literaturwissenschaftlicher Streifzug über Fontane, Keller und die literarische Schule der Nation: „Die Gartenlaube“  
*Erhard Schütz*

**Arbeitszwang** S. 17  
„Kanaillen-Kapitalismus“: César Rendueles schrieb eine Geschichte der Marktwirtschaft in der Literatur  
*Christian Baron*

## Alltag

**Porträt** S. 21  
Nach einer langen Karriere ist sie ganz oben. Die Schauspielerin Glenn Close über Feminismus und Begierde im Alter  
*Ryan Gilbey*

**Pollerforschung** S. 23  
Hüter der Verkehrsmoral: Helmut Höge erforscht das Phänomen Straßenpoller in seiner ganzen Mannigfaltigkeit  
*Mladen Gladić*

**A–Z Beste Szene** S. 24  
Vorhang auf, Film ab...!

Impressum S. 20

## Rechts für links

**Benny Gantz** gilt als aussichtsreichster Herausforderer Benjamin Netanjahus, wenn Israel bald wählt

■ Chemi Shalev

**E**in Fremder mit minimaler Kenntnis des 20. Jahrhunderts, der zufällig Benny Gantz' Wahlkampfauftritt in Tel Aviv miterlebt hätte, wäre wohl zu Recht erschrocken: militaristische Khaki-Flaggen und -Ballons; Plakate, die dem einzig wahren Anführer huldigen. Generale, Falken der Außenpolitik, die sich umarmen, großer Applaus, dazu eine kriegerische Rede und Slogans wie „Israel zuerst“, „Erst der Staat, dann das Individuum“ und „Ein Volk, ein Staat, eine Nation“. Der Auftritt hatte alles, was eine Junta mit neofaschistischer Neigung kennzeichnet, die sich Benito Mussolini zum Vorbild genommen hat.

Aber wie sprachlos wäre unser Beobachter erst am Tag danach gewesen! Israels liberale Linke begann vor Begeisterung über Gantz fast zu sabbern, der Rechten um Benjamin „Bibi“ Netanjahus Regierungspartei Likud war gleich klar: Hier versucht einer mehr schlecht als recht seine Illoyalität, ja seinen Linksradikalismus zu verbergen. Willkommen also in Netanjahus bizarrem Israel des Jahres 2019, wo alle komplexen existenziellen Probleme auf die eine Frage reduziert werden: Bist du für ihn oder gegen ihn?

Gantz ist, wenn auch ein wenig widerwillig, gegen ihn. Zwar erwähnte er in seiner Rede Netanjahu namentlich nicht ein einziges Mal, sprach aber von spalterischem Führungsstil, vom „Gehabe eines französischen Königshofs“ und davon, wie sehr er es ablehne, dass ein „Ministerpräsident unter Anklage“ im Amt bleibe. Benny Gantz, 59 Jahre alt und bis 2015 Generalstabschef der israelischen Armee, ließ keine Zweifel aufkommen: Er möchte als Anti-Bibi gesalbt werden, als einzig wahrer Anwärter auf das wichtigste Amt im Staat, wenn Israel am 9. April in vorgezogenen Neuwahlen sein Parlament bestimmt. Noch steht mit der Neugründung Hosen LeYisrael (Widerstandskraft für Israel) nur ein Zusammenschluss aus Freiwilligen und Bekannten hinter ihm, welcher eher an ein Start-up oder eine NGO erinnert als an eine Partei.

Man bringt den Enthusiasmus der Friedensbewegten und der Liberalen kaum mit Gantz' Bewerbungsrede zusammen, einem Mix aus leeren Platitüden über Gott und die Welt mit hartem Militarismus – Stärkung der Siedlungen; ein ungeteiltes Jerusalem als ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes und des Staates Israel; kein Rückzug von den Golanhö-

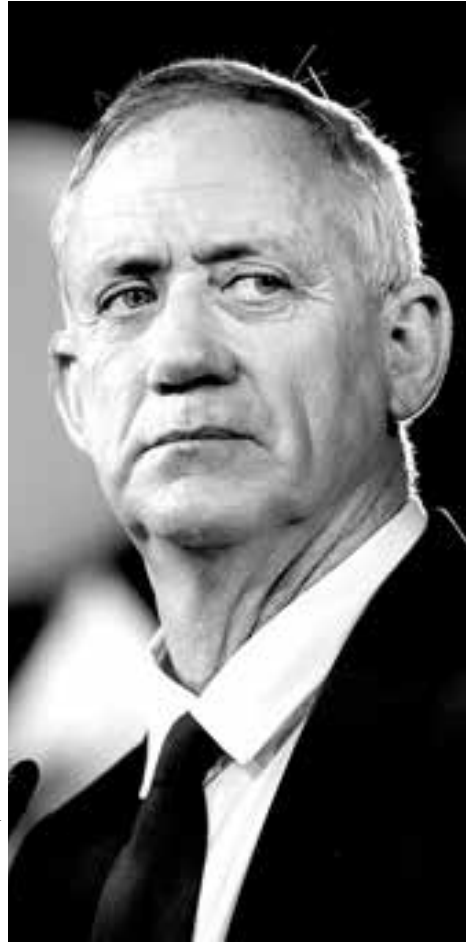


FOTO: AMIR LEVY/GETTY IMAGES

hen; und „den Millionen Palästinensern jenseits des Grenzzauns werden wir nie erlauben, unsere Sicherheit und Identität als jüdischer Staat zu gefährden“.

In einer Welt ohne Bibi hätte die Linke Zeter und Mordio geschrien, wäre eine neue rechte Partei wie die hinter Gantz aufgetaucht, um Ehrlichkeit und Integrität vorzuspielen und so Mitte-links-Wähler zu locken. In der Welt mit Bibi aber wird jeder Kandidat allein danach bewertet, ob er theoretisch in der Lage ist, den amtierenden und im Fokus von Korruptionsermittlungen stehenden Ministerpräsidenten zu besiegen. Umfragen sehen Gantz als bisher Einzigen in Reichweite zu Netanjahu.

Er entstammt einer Familie rumänischer und ungarischer Schoah-Überlebender, seine Mutter deportierten die Nazis nach Bergen-Belsen. Gantz wuchs in einem Moschaw auf, einer Siedlung, die ihre landwirtschaftliche Produktion genossenschaftlich organisierte. Mit 18 ging er zur Armee und machte dort

**Willkommen im Jahr 2019 in einem Land, wo alle Probleme auf die eine Frage reduziert werden: Bist du für oder gegen den amtierenden Premier?**

schnell Karriere, wurde dann später nicht nur Generalstabschef, sondern auch Militärattaché an der israelischen Botschaft in den USA. Er könnte in die Fußstapfen Yitzhak Rabins und Ehud Baraks treten, die Mitte-Links in den vergangenen 40 Jahren genau zwei Wahlsiege bescherten. Gantz stammt aus einfachen Verhältnissen, gilt als ehrlich, als einer, der Klartext spricht. Das macht ihn zum idealen Gegenpol des Mannes, den er ablösen will.

Unserem fremden Beobachter, der die sehr speziellen israelischen Codes in Gantz' scheinbar kriegerischer Sprache nicht erkennt, sei dies verziehen. Beschwört er „Israel“ oder gar „Israelität“, so spricht daraus durchaus eine Art von nationalistischem Appell. Zugleich aber will Gantz damit Netanjahus jüdischem Ethnozentrismus etwas entgegensetzen, ebenso den Angriffen des Premierministers auf die demokratischen Institutionen, welche den modernen israelischen Staat ausmachen. Das gilt nicht zuletzt für die Armee als große Gleichmacherin der israelischen Gesellschaft, zunehmend die Insel der Vernunft in einem Meer aus Nationalismus, Intoleranz und religiösem Fundamentalismus. Wenn Gantz sich nun mit Netanjahus früherem Verteidigungsminister Moshe Yaalon zusammment, soll das nicht nur einen klaren Rechtskurs in Sachen Sicherheit garantieren, sondern zudem ehrwürdige israelische Werte, wie Netanjahu sie untergrabe, demonstrieren.

Manche Linke trösten sich damit, dass Gantz' außenpolitische Positionierung ja nur dazu diene, gemäßigte Rechtsaußen-Wähler anzulocken; ist er erst einmal gewählt, würde er sicher sein wahres liberales Ich zeigen. Doch selbst wenn nicht, wenn er dabei bleibt, dass jemand wie die gemäßigte Ex-Ministerin Tzipi Livni viel zu weit links stehe, um für eine Zusammenarbeit in Frage zu kommen – den Nimbus als Retter im Wartestand wird ihm niemand mehr nehmen.

In einer Öffentlichkeit, die die Besetzung palästinensischer Gebiete und die Frage des Friedens mit den Palästinensern im Wesentlichen ignoriert, hat Gantz seine Feuertaufer im grellen Scheinwerferlicht der Medien mit Brauvor überstanden – eben aus Sicht eines Lagers, das allein die Losung „Jeder, nur nicht Bibi“ kennt und nichts mehr fürchtet als den Untergang der Demokratie.

**Chemi Shalev** arbeitet für die israelische Tageszeitung *Haaretz*  
Übersetzung: Carola Torti

**Daniela Dahn** beschreibt den Charakter der Opposition in Venezuela

## Keine Heilsbringer von Recht und Wohlstand

**I**n Venezuela ein „Klima der Unregierbarkeit“ schaffen, den Staat „lahmlegen“ und ausländische Interventionen befürworten: Eben so hat Juan Requesens die Ziele seiner Oppositionspartei Primero Justicia immer beschrieben. Darin war die Opposition nun spektakulär erfolgreich. Umso bitterer, dass auch die mitunter exzesshaften Reaktionen, dass Arroganz und politische wie ökonomische Fehler seitens des Chavismus zu dem Chaos geführt haben, das in Venezuela herrscht – Gewalt, Korruption, Verfassungsbruch finden sich auf beiden Seiten.

Doch von einer Opposition, die das Gebäude des Obersten Gerichts anzündet, weil ihr Urteile nicht passen, die sogar Lynchjustiz betreibt, davon hört man hier kaum etwas. Der Anwalt José Félix Pineda etwa, Kandidat für die verfassunggebende Versammlung, wurde von Angreifern in seinem Haus erschossen. Die Guarimbas, Gewaltaktionen der oppositionellen paramilitärischen Gruppen, führten allein 2014 zu 43 Toten und 878 Verletzten. Hiesigen Großmedien ist nur zu entnehmen, dass Oppositionelle in Haft sind; nie, dass es um den Vorwurf von Anstachelung zur Gewalt geht, wie berechtigt dieser im Einzelnen auch sein mag.

Die wohlhabende Klasse hat Chávez' Reformen zugunsten der Armen nie akzeptiert. Heute wird so getan, als herrschten vor den Sozialisten Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit im Land. Doch der Sieg der Bolivarischen Revolution 1999 war nicht auf eine Charme-Offensive zurückzuführen, sondern auf die angestaute Wut darüber, dass unter US-amerikanischer Vorherrschaft die Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze fiel. In den 80er Jahren hatte eine Staatsverschuldung von 30 Milliarden US-Dollar zu den üblichen neoliberalen Spar- und Privatisierungsaufgaben des Internationalen Währungsfonds geführt. Zehn Jahre vor Chávez' Wahlsieg war ein mehrtägiger Hungeraufstand im ganzen Land ausgebrochen: der Caracazo, gegen den Milizen eingesetzt wurden – es gab laut Schätzungen bis zu 3.000 Tote. Der Internationale Gerichtshof verurteilte die Verletzung von Menschenrechten, verlangte Entschädigung für Mord und Folter – gezahlt wurde diese erst unter Chávez.

Zurück ins Jetzt – was meint Nicolás Maduro, wenn er vom „Wirtschaftskrieg“ spricht? Der Ölpreis fällt nicht wie Regen, er ist immer auch ein politischer Preis. Als die größte Erdölgesell-

schaft Lateinamerikas, die staatliche Petróleos de Venezuela, eine Kooperation mit Russland und China ankündigt, erhob das der Ex-Chef der Ölgesellschaft ExxonMobile und damalige US-Außenminister Rex Tillerson zum Problem der „nationalen Sicherheit“. Sein Nachfolger Mike Pompeo, damals CIA-Chef, ergänzte: „Wir arbeiten hart daran“, was eine Zermürbungsstrategie beschrieb, zu der die Manipulation von Wechselkursen ebenso gehört wie den ganzen Weltmarkt blockierende Sanktionen und organisierte Verknappung von Waren.

Wenn Wohlmeinende jetzt beide Seiten zum friedlichen Gespräch auffordern, so ist das richtig. Denn schon die Planung und Androhung von Gewalt ist ein Kriegsverbrechen. Aber es ist auch wohlfeil. Bereits 2017 hatte Maduro ein Dekret über einen „nationalen Dialog zur Stabilisierung der Wirtschaft“ erlassen. Wie die Abhängigkeit vom Öl schrittweise überwunden werden könnte, das sollten Unternehmer, Arbeiter, Kommunale Räte und Politiker gemeinsam herausfinden. Doch der Boykott ist eine weitere Stärke dieser Opposition.

Lesen Sie hierzu mehr auf Seite 8

**Annelie Kaufmann** skizziert Wege zur Parität

## Repräsentation und Recht

**B**randenburg hat als erstes Bundesland ein Paritätsgesetz verabschiedet, mit dem mehr Frauen in den Landtag einziehen sollen. Möglich, dass andere Länder mit ähnlichen Gesetzen nachziehen, früher oder später vielleicht auch der Bund. Sicher, dass dann das Bundesverfassungsgericht ins Spiel kommt. Aufzuhalten ist die Debatte nicht mehr, und das hat jedenfalls einen Vorteil: Es wird in absehbarer Zeit geklärt, wie weit der Gesetzgeber gehen darf, um den Frauenanteil in den Parlamenten zu steuern.

Quotierte Wahllisten halten die meisten Staatsrechtler rundheraus für verfassungswidrig, ohne sich mit gendertheoretischen Fragen überhaupt näher auseinanderzusetzen. Doch das muss man nicht so sehen. Der Staat hat die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern, dieses Gebot aus Art. 3 Absatz 2 Grundgesetz hat mittlerweile einige Durchschlagskraft entwickelt. Zudem gibt es weitere Möglichkeiten, die Zusammensetzung der Parlamente zu beeinflussen: etwa über die Parteienfinanzierung oder über größere Wahlkreise, in denen jeweils ein Mann und eine Frau kandidieren. Alles umstritten, alles verfassungsrechtlich kompliziert, aber es ist

nicht unmöglich, dass am Ende ein gut gemachtes Gesetz steht, das einer Prüfung in Karlsruhe standhält.

Bleibt die Frage, ob es ein kluges Gesetz wäre. Bisher galt: Das Wahlrecht als Grundlage der Demokratie fasst man nicht leichtfertig an. Das heißt nicht, dass es keine Reformen geben darf – einige sind dringend nötig, etwa um das Wahlrecht für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten oder um den Bundestag zu verkleinern. Das heißt auch nicht, dass man Grundsatzdebatten scheuen sollte – im Gegenteil, sie wären angesichts eines erstarkenden Rechtspopulismus und zunehmend autoritärer Bewegungen angebracht. Jetzt bietet sich die Gelegenheit, über Parlamentarismus, die Repräsentation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und die Grenzen von Identitätspolitik nachzudenken. Das sollte man lieber sehr gründlich tun.

Denn ein Wahlrecht, das zum Zankapfel der Parteien und nach jeder Bundestagswahl geändert wird, wie es der Regierungsmehrheit gerade passt, das hätte mit Demokratie nicht mehr viel zu tun.

Lesen Sie hierzu mehr auf Seite 11